

beschäftigen sich mit der Entstehung gesamtstädtischer Öffentlichkeiten im Wechselspiel von sozialen Formationen und politischer Herrschaft, wobei hier dem Vereinswesen und den Massenmedien besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Elena Mannová analysiert den Öffentlichkeitswandel in Preßburg/Bratislava zur Zeit des Wandels der politischen Funktion der Stadt von einer „Provinzstadt“ zu einem politischen Zentrum, Sabine Rutar befaßt sich am Beispiel Triests mit der Funktion der „Arbeiterkulturvereine“ als Foren einer städtischen „Gegenöffentlichkeit“. Die beiden abschließenden Artikel von Harald Binder und Hanna Kozińska-Witt wählen bewußt eine vergleichende Perspektive bei der Analyse politischer Öffentlichkeit in Krakau und Lemberg bzw. Krakau und Warschau.

Auch wenn im Vergleich mit den früher vorgelegten Bänden des Leipziger Forschungsprojekts mit Bedauern eine merkliche Reduzierung der Illustrationen zu konstatieren ist, reiht sich dieser Band dennoch in den positiven Gesamteindruck der ganzen Publikationsreihe ein, die sich insbesondere durch innovative und originelle methodische Zugänge auszeichnet.

Wien

Peter Stachel

Region und Umbruch 1918. Zur Geschichte alternativer Ordnungsversuche. Hrsg. von Harald Heppner und Eduard Staudinger. Europäischer Verlag der Wissenschaften Peter Lang, Frankfurt/M. u.a. 2001. 261 S. (€ 45,-.)

Harald Heppner und Eduard Staudinger vom Institut für Geschichte der Universität Graz scheinen bisherige Forschungen zur Neuordnung Europas am Ende des Ersten Weltkrieges zu sehr an nationalstaatlichen bzw. überregionalen Ordnungsprinzipien orientiert gewesen zu sein. Der von ihnen zusammengestellte Sammelband geht daher vom „kleinen Raum“ als Ordnungsmodell aus (S. 9). Ein wichtiger Aspekt dabei ist „nicht zustande gekommene“ Geschichte, d.h. erörterte oder immerhin in Ansätzen verwirklichte politische Optionen, die sich jedoch nicht dauerhaft durchsetzen konnten. Schauplätze sind die zerfallenden Imperien der Habsburger und der Romanows. Dabei geht es dezidiert nicht um die in den letzten Jahren populären Spekulationen mitunter durchaus seriöser Historiker, was etwa im Falle eines Sieges der Konföderierten im amerikanischen Bürgerkrieg oder Deutschlands in einem der beiden Weltkriege geschehen hätte können (z.B. bei *What If?*, hrsg. von Robert Cowley, New York 1999).

Arnold Suppan vom Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien illustriert das Zerbrechen der Donaumonarchie anhand der Vorgänge in den Brennpunkten Prag, Zagreb, Budapest, Galizien und Sarajevo sowie die Konsequenzen für den Südostalpenraum. Staudinger erinnert in seinem Beitrag u.a. an im damaligen Deutsch-Österreich unter der Losung „Los von Wien“ angestellte Überlegungen zur Schaffung einer „Kärntner Republik“ und einer „Republik Tirol“.

Der Lage Sloweniens in der Umbruchszeit sind Beiträge von Jurij Petrovšek und Janez Cvirin (beide von der Universität Ljubljana) gewidmet. Sie arbeiten übereinstimmend heraus, daß die Slowenen zwar den Zerfall der Donaumonarchie begrüßten, aber im neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Jugoslawien) sehr rasch desillusioniert waren. C. zufolge wurden die Deutschsprachigen in Slowenien „über Nacht zur rechtlosen Minderheit“ (S. 90). Sie versuchten daher, im südlichen Teil der Krain eine sowohl von Deutsch-Österreich wie vom Königreich Serbien-Kroatien-Slowenien unabhängige „Republik Gottschee“ unter dem Schutz einer „nicht-deutschen Großmacht“ (wobei die USA in Aussicht genommen wurden) zu schaffen.

Zwei Texte von Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Budapest behandeln die Situation in und um Ungarn. László Szarka erörtert die Kantons- und Autonomiepläne des Nationalitätenfachmanns der Regierung Michael Károlyis, Oszkár Jászi, im Winter 1918/19. Diese besaßen allerdings keine Aussicht auf Verwirklichung, weil die Abtrennung der Nationalitätengebiete von Ungarn von vornher-

ein beschlossene Sache war. Zoltán Szász stellt die „z.T. abenteuerlichen Konzepte“ (S. 114) dar, die – bekanntlich vergeblich – entworfen wurden, um Siebenbürgen für Ungarn zu retten.

Die Slowakei stand Ende 1918 vor mehreren Alternativen: Verbleib bei Ungarn als integraler Bestandteil; autonomer Bestandteil eines neuen Ungarn; Selbständigkeit, aber Bindung an Ungarn; volle Unabhängigkeit; Aufgehen in einem tschechischen Staat; Eintritt in eine Tschecho-Slowakei. Ungeklärt war auch die territoriale Ausdehnung der Slowakei, die je nach Variante unterschiedlich ausfallen konnte. Dušan Kováč vom Institut für Geschichte an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften bietet einen Rückblick auf die Jahrhunderte der gemeinsamen slowakisch-ungarischen Geschichte und meint, daß für die Slowaken 1918 ein „Jahr der Befreiung aus nationaler Unterdrückung“ gewesen sei (S. 127). Peter Švorc von der Universität Prešov beleuchtet eine Fußnote der Geschichte, nämlich die Ende 1918 für wenige Tage bestehende „Slowakische Volksrepublik“ im Osten des Landes.

Udo Gehrmann stellt detailliert Konzepte eines „Südostbundes“ dar, der mehrere Kosakenheere und die Bergvölker des Nordkaukasus umfassen sollte; am 21. Oktober 1917 wurde sogar ein entsprechender Vertrag unterzeichnet. Der Vf. vermittelt – auch dank der Auswertung von Archivmaterialien – ein anschauliches Bild der Vorgänge im Süden des früheren Zarenreiches, wo sich Ansprüche Sowjetrußlands, der Ukraine und Deutschlands/Österreich-Ungarns überschneiden. Mit dem Sieg der Roten Armee auch in dieser Region im Oktober und November 1920 setzte sich jedoch der traditionelle russische Zentralstaat wieder gegen die „kleinen“ Ordnungsversuche zur Bildung selbständiger Kosakenstaaten durch.

Kerstin S. Jobst (Universität Hamburg) schildert Versuche zur Ordnung der Krim 1917-21 im Spannungsfeld zwischen Rußland, der Ukraine, den Krimtataren und den Mittelmächten. Eva Stolberg (Universität Bonn) legt einen – auch wegen der Auswertung japanischer Quellen – beeindruckenden Beitrag über die 1920-22 existierende Fernöstliche Republik vor. Sie weist darin nach, daß dieser „Pufferstaat“ seine Entstehung spezifischen Bedingungen, d.h. dem russischen Bürgerkrieg und der ausländischen (hier japanischen) Intervention, verdanke und es Lenin letztlich ausschließlich um die Wiederherstellung der imperialen Einheit Rußlands ging.

Die Beiträge des Sammelbandes legen natürlich zahlreiche Assoziationen zur Gegenwart nahe. So finden sich mehrere Gegenüberstellungen von Realitäten und v.a. seit 1989 reaktivierten nationalen Mythen. Kováč zufolge kann von einem angeblich „tausendjährigen Bestreben“ der Slowaken nach Eigenstaatlichkeit keine Rede sein, weil diese bis zum Ersten Weltkrieg – wengleich zeitweise „mit beschränkter Haftung“ – ungarische Patrioten gewesen seien (S. 120).

Die Desintegrationsprozesse am Ende des Ersten Weltkrieges in Mittel- und Osteuropa weisen unverkennbar einige Parallelen zur Auflösung der UdSSR, Tito-Jugoslawiens und der Tschechoslowakei 1991/92 auf, und damals wie am Ende des 20. Jh.s schien – so urteilen jedenfalls die Hrsg. – die Idee des Regionalen an Relevanz zu gewinnen. Allerdings ist eine Rolle der postsowjetischen Kosaken in der russischen Regionalpolitik, die Gehrmann andeutet (S. 202), durch die neuerliche Zentralisierung im Gefolge des Aufstieges von Wladimir Putin zum Präsidenten (1999/2000) sehr unwahrscheinlich geworden. Darin könnte man – wengleich auf einer anderen Ebene – eine Wiederholung ihres Schicksals von 1920 sehen.

Die meisten Artikel des Buches bestechen durch Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit. Lediglich Fritz Fellner (ehemals Universität Salzburg) bevorzugt einen ideologisch motivierten Ansatz, der die meisten Probleme von Deutschland und den Deutschsprachigen (in der Donaumonarchie) ausgehen sieht. Er stützt sich auch immer noch auf Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ (1961), wogegen etwa Niall Fergusons sehr viel ausgewogeneres und aktuelleres Werk „Der falsche Krieg“ (1998) nicht zur Kenntnis genommen wird. Noch bedauerlicher ist allerdings, daß der Ukraine kein eigener Beitrag des

Sammelbandes gewidmet ist: Sie war bekanntlich Schauplatz mehrerer Staatsbildungsversuche (v.a. Ukrainische Volksrepublik, Westukrainische Volksrepublik), bevor sich 1920 auch hier die Sowjetmacht endgültig durchsetzte.

Wien

Martin Malek

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).

Johannes Rogalla von Bieberstein: „Jüdischer Bolschewismus“. Mythos und Realität. Mit einem Vorwort von Ernst Nolte. Edition Antaios. Dresden 2002. 312 S., 12 s/w Abb. (€ 29,-)

Johannes Rogalla von Bieberstein greift ein heikles Forschungsthema auf und vertritt die These, daß „das politische Wirken jüdischer Kommunisten die materielle Voraussetzung für pauschale Diffamierungen und Verschwörungstheorien bildet“ (S. 127, auch S. 232). Dabei rechnet der Vf. den „jüdischen Bolschewisten“ eine kausale Mitverantwortung für das Entstehen eines radikalisierten Antisemitismus nach 1918 zu, in dem er die Reaktion „der christlich-bürgerlichen Welt“ auf eine „tatsächliche Herausforderung“ erblickt (S. 240). Und er suggeriert im Sinne Ernst Noltés eine mittelbare Verantwortung jüdischer Kommunisten für die Folgen des antisemitischen Wahns der Nationalsozialisten (S. 238).

Den antijüdischen Kurs in der Sowjetunion – und ihren späteren Satelliten – begründet R.v.B. mit einer „Nationalisierung“ der Regime und damit, daß die Juden „mit Hilfe traditionell-antisemitischer Stereotype [...] leicht angegriffen und zu Sündenböcken für Defizite des tristen Realsozialismus gemacht werden“ konnten (S. 211). Für Polen, das der Autor mehrfach streift, trifft dies insofern zu, als nach 1944 die Entwicklung ähnlich wie in der Sowjetunion verlief: Die kommunistische Partei wurde eine Massenorganisation, in die die einströmenden neuen Mitglieder die landläufigen antijüdischen Vorurteile hineintrugen. Allerdings kam es dort nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg „zu einer Synthese von Antikommunismus und Antisemitismus“, sondern das Stereotyp von der *żydokomuna* war weit über das rechte politische Spektrum hinaus schon in den Zwischenkriegsjahren verbreitet (S. 212, 231). Ein kollektives Schlüsselerebnis war hier der Polnisch-sowjetische Krieg von 1919/20, als der gerade wiedererstandene Staat sich mit Mühe gegen das revolutionäre Rußland behaupten konnte. Die den Gegensatz verschärfende Verfolgung der Katholischen Kirche in der Sowjetunion wurde „Juden“ zur Last gelegt. Das politische Leben in Polen distanzierte sich von diesem System. Wie eine Reihe von abgelehnten und bekämpften Erscheinungen des kulturellen und politischen Lebens wurde die kommunistische Herrschaft verkürzt als Werk „der Juden“ wahrgenommen. Selbst die in den 1930er Jahren regierende Sanacja, die jüdischen Bestrebungen durchaus nicht wohlgesonnen war, wurde von der radikalen Rechten schließlich als „verjudet“ diffamiert.

Tatsächlich gehörten ca. 35% der Mitglieder der kleinen polnischen KP der jüdischen Volksgruppe an (vgl. den kursorischen Länderüberblick S. 230-233). Nach dem NS-Judenmord bildeten Juden in der neuen KP, der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), jedoch nur eine kleine und einflußarme Minderheit, wenn wir von der jüdischen Herkunft einiger assimilierter Spitzenfunktionäre (wie Jakub Berman, Roman Zambrowski oder Hilary Minc) absehen, die sich als Polen verstanden. Die Ereignisse des Jahres 1956 hält der Vf. für eine Wende zum Nationalkommunismus, während er 1968 eine „systematische Judensäuberung“ am Werk sieht, woraufhin Tausende auswandern mußten (S. 212 f.).

Da der Vf. als Verschwörungsforscher hervorgetreten ist¹, verwundert, daß eine Auseinandersetzung mit Weltbild und Propagandastrategie der Rechten unterbleibt. Statt

¹ JOHANNES ROGALLA VON BIEBERSTEIN: Die These von der Verschwörung 1776-1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Flensburg 1992.